

Mattes: Green Deal darf nicht zu noch schärferen CO2-Zielen führen

Der „European Green Deal“ könne eine Chance für die Weiterentwicklung der Wirtschaft in der EU sein, wenn die richtigen Schwerpunkte gesetzt und intelligente Instrumente genutzt werden, erklärte jetzt Bernhard Mattes, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA). Gleichzeitig warnt er vor Plänen von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die bereits äußerst anspruchsvollen Vorgaben für den Kohlendioxid-Ausstoß von Pkw und Nutzfahrzeugen weiter zu verschärfen.

Den Verkehrssektor einschließlich des Straßenverkehrs in den europäischen Emissionshandel einbeziehen zu wollen, nennt Mattes die marktwirtschaftlich beste Lösung für mehr Klimaschutz. Außerdem unterstütze der VDA die Pläne für den Ausbau der Lade- und Tankinfrastruktur in ganz Europa und zur Förderung alternativer Kraftstoffe wie Wasserstoff und E-Fuels.

Die Kommission – so Mattes – habe aber auch angekündigt, dass sie im Zuge des ‚Green Deal‘ unter anderem die Regeln zu CO2-Flottengrenzwerten für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge ab Juni 2021 überprüfen will. „Damit besteht die Gefahr, dass diese weltweit schärfsten Flottengrenzwerte ein weiteres Mal verschärft werden könnten. Dabei wurden die jetzt gültigen Grenzwerte erst vor einem Jahr verabschiedet, sie werden von den Unternehmen nur mit großer Kraftanstrengung zu erreichen sein“, sagte Mattes.

Mattes warnt, die Branche befinde sich in einem Transformationsprozess, der Unternehmen wie Beschäftigte wie nie zuvor vor Herausforderungen stelle. „Die Politik in Brüssel wie in Berlin muss sich bewusst sein, dass diese Pläne für die Automobilindustrie sehr kritisch sind, weil die Unternehmen sich nach der Entscheidung im vergangenen Jahr an der sehr ehrgeizigen Zielsetzung von minus 37,5 Prozent für Pkw bis 2030 ausrichten“, so Mattes. (ampnet/Sm)

Bilder zum Artikel



Bernhard Mattes.

Foto: Auto-Medienportal.Net
